

Hier und Heute
[02.11.2007]

Über hundert Teilnehmer bei Diskussionsrunde in Brüsseler DG-Haus

»Zerfall Belgiens ist unwahrscheinlich«

Aus Brüssel berichtet Philippe Beck

»Steht die Existenz des belgischen Bundesstaates auf dem Spiel?«: Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) gab zu, der Titel der Diskussionsrunde war etwas reißerisch formuliert. Die Antwort lautet seiner Meinung nach »Nein«. Aber von Krise sei durchaus zu reden.

Am Dienstagabend fanden sich über hundert Personen in der Niederlassung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Brüssel ein, um an einer Diskussionsrunde zur belgischen Regierungskrise teilzunehmen. Da das Publikum sich etwa zu zwei Dritteln aus Bürgern anderer Nationalitäten zusammensetzte, legten die Redner Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz, Minister Oliver Paasch (PJU-PDB) und Senator Berni Collas (PFF) viel Wert auf historische Erläuterungen, die zum besseren Verständnis der aktuellen Lage beitragen. Es sollte Antwort gegeben werden auf die Fragen »Was machen die Verhandlungen zur Bildung einer Föderalregierung so kompliziert? Ist der Belgische Staat noch zu retten? Welche Rolle fällt den Gemeinschaften und Regionen zu? Hat die Deutschsprachige Gemeinschaft Einfluss auf das Geschehen in Brüssel? Belgien, quo vadis?«

Probleme, aber auch Auswege

Lambertz führte in die Problematik ein, indem er erklärte, dass das Problem aus zwei antagonistischen Zukunftsvisionen des belgischen Staates bestehe: eine flämische und eine wallonische. Die DG werde in diesem Kontext manchmal vergessen, doch spiele diese bei weitem nicht die erste Geige und habe eine besondere Position.

Durch ihre engen Beziehungen zu zahlreichen anderen europäischen Bundesländern in Deutschland, Österreich oder der Schweiz, habe sie ein gutes Verständnis des Föderalismus. Das eigentliche Problem Belgiens ist, dass sich das Kräfteverhältnis zwischen Flandern und der Wallonie im Laufe der Zeit gedreht hat. Hinzu kommen sprachliche und kulturelle Unterschiede, die unter anderem im Pressewesen und im Parteiensystem Niederschlag finden. Eine weitere Schwierigkeit ist, dass Konflikte immer mit Symbolen und Tabus assoziiert werden. Mit hohem Tabuwert geladen ist die Sprachengrenze. Dies erklärt die Dramatisierung des Falls BHV. Zusätzlich sind es zufallsbedingte, ungewöhnliche politische Konstellationen, die einen Lösungsweg nicht vereinfachen. Der Ministerpräsident zeigte sich jedoch zuverlässig und vertraut auf die Erfahrung und berühmte Kompromissbereitschaft der Belgier. Einen Zerfall Belgiens hält er für äußerst unwahrscheinlich. Es werde sicherlich eine Lösung geben, die mehr Zuständigkeit und Verantwortung der einzelnen Regionen vorsieht. Andererseits werde es irgendwann auch wieder eine Vereinfachung geben, »dann wird Belgien aus vier Teilen bestehen: Flandern, die Wallonie, Brüssel und die Deutschsprachige Gemeinschaft.«

Stimmungsbild aus dem Senat

Auch der Senator Berni Collas hob den weltweit gepriesenen friedlichen Wandel Belgiens zum Bundesstaat hervor. Allerdings stelle sich die Frage, ob dieses konfliktlösende Modell weiterhin exportfähig bleibe, denn durch die bipolare, zentrifugale Entwicklung werde der Bundesstaat fortwährend ausgehöhlt. Die Wallonie hat derzeit keine Forderungen. Für Flandern steht ein Status quo jedoch außer Frage. Die Flamen fühlen sich in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung abgebremst



Für die Journalisten Gerd Zeimers und Alexander Homann ist die Arbeit in Brüssel spannend. Gerd Zeimers resümierte die derzeitige Lage analytisch und gab sich für die kommenden Monate eher pessimistisch.

 WEITERE BILDER

und wollen durch eine Staatsreform mehr Autonomie erlangen. Ein Problem ist auch, dass es keine staatstragende Partei mehr gibt. Letermes Beleidigung der Frankophonen, dessen schlechte Sprachkenntnisse er unrühmlich kritisierte, und das Singen der Marseillaise bezeichnete Collas als große Fehler für einen Premierminister-Kandidaten. Diese Fauxpas seien keineswegs vertrauenserweckend im Hinblick auf eine Koalitionsbildung. Im Senat habe sich vor allem eine Radikalisierung der flämischen Politiker spürbar gemacht. Rund 20 Prozent gehören einer separatistischen Partei an. EU-Präsident José Manuel Barroso habe die Wichtigkeit des Fortbestehens Belgiens für Europa betont. Ein Auseinanderbrechen des Staates könnte ein schwerwiegender Präzedenzfall auf EU-Ebene sein. Für Collas ist Brüssel das Element, das das Land noch zusammenhält. Den hohen symbolischen Wert BHV's erklärte er durch den Wert, den die flämischen Politiker auf das Territorialitätsprinzip legen. Falls diese BHV im Alleingang spalten, könne es zu einer äußerst problematischen Lage kommen. »Dann sitzen wir in der Patsche«. Des Weiteren machte sich Collas Sorgen um das Image Belgiens bei den ausländischen Politikern und in der internationalen Presse.

Aus dem Blickwinkel der DG

Minister Oliver Paasch hob hervor, dass der belgische Bundesstaat bisher vorbildlich mit seiner einzigen sprachlichen Minderheit umgegangen sei und erläuterte den Weg zur Autonomie der DG. Als gleichberechtigter Teil des Bundesstaats habe unsere Gemeinschaft zahlreiche Vorteile. Wichtig für den Minister sind die Kooperationsabkommen auf EU-Ebene und die zahlreichen Netzwerke, in die die DG dadurch eingebunden ist. Die Außenbeziehungen seien von essentieller Bedeutung für die Existenz der DG. Ihre Kleinheit kann sogar zum Vorteil werden, indem die Lösung von Problemen Modellcharakter annehmen kann. Er führte Beispiele aus dem Unterrichtswesen an. In Zukunft werde die Gemeinschaft weitere Zuständigkeitsbereiche anstreben, um eine bessere bürgernahe Politik betreiben zu können, denn der derzeitige Zuständigkeitsblock sei nicht homogen. Mittelfristig strebe die DG die Gemeinschaft-Region an und fordere den Transfer von regionalen wie von provinziellen Kompetenzen. Denn durch die Provinz seien verschiedene Angebote, vor allem in den Bereichen Tourismus und Sozialpolitik, doppelt belegt und bergen unnötige Kosten.

Ostbelgische Journalisten in Brüssel

Für die Journalisten Gerd Zeimers und Alexander Homann ist es höchst spannend, hautnah erleben zu dürfen, was derzeit in Brüssel geschieht. Aus der Sicht von Gerd Zeimers war die heutige Situation vorhersehbar, denn vor allem im Norden des Landes wurde während des Wahlkampfes mit harten Emotionen gespielt. Für ihn sind die kommenden Monate durch die vielen emotionalen Komponenten in den Verhandlungen nur schwer vorherzusehen. Die personelle Konstellation am Verhandlungstisch sei schwierig unter einen Hut zu bringen: Ein flämischer Separatist, Bart De Wever, FDF-Vorsitzender Olivier Maingain, eine Unterhändlerin, die nicht staatsmännisch auftritt und meist nur das Wort »nein« kennt, sowie ein Mann, der sich nicht wie ein künftiger Premier verhält. Mit Hoffnung und Zweifel steht der Grenz-Echo-Journalist der Kompromissfähigkeit und Kreativität Belgiens gegenüber. Die Hauptprobleme sind für ihn Angst und mangelnde Kommunikation. Die Frankophonen haben Angst, von den Flamen unterjocht zu werden. Die Flamen sollten diese Angst jedoch aus historischen Gründen verstehen. Ferner haben Flamen und Frankophonen sich auseinander gelebt und reden aneinander vorbei. Dem sollte Abhilfe geschafft werden. Alexander Hohmann fügte hinzu, dass es für einen Journalisten wichtig sei, die Lage ein wenig zu entdramatisieren. Man solle nicht gleich das Ende des belgischen Staates prophezeien.

Die drei Hauptredner hatten für ihre Auslegungen viel Zeit in Anspruch genommen. Ob es daran lag, dass die Motivation im Publikum sehr gering war, Fragen zu stellen und eine Diskussion aufkommen zu lassen? Es meldeten sich einige in Belgien ansässige deutsche Journalisten zu Wort. Eine Person meinte, die DG-Minister würden sich zu optimistisch geben. Eine andere erklärte, dass Flamen und Wallonen sich auseinander gelebt und nichts mehr gemeinsam hätten. Berni Collas stimmte dem zu und bedauerte, wie wenig Parlamentarier noch die Sprache der anderen kennen. Es ist ihm jedoch aufgefallen, dass in den letzten Jahren die flämischen Parlamentarier, bis auf Groen, ihren Eid ausschließlich auf Niederländisch ablegen, während immer mehr frankophone Parlamentarier ihren Eid in zwei oder gar drei Landessprachen ablegen. Für Collas belegt dies eine gewisse Einsicht der Frankophonen, die somit gewisse Fehler ihrer Sprachenpolitik eingestehen. Zum Schluss gab sich der Ministerpräsident mit einem Lächeln auf den Lippen zuversichtlich. »Es wird vor Weihnachten eine Regierung geben,« die große Reform werde jedoch nach den Regionalwahlen 2009 vollzogen werden.